DISKUSSIONSPAPIERE Dieter Weiss Zur Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern Stützung innovativer Eliten, Nachkontakte Gemeinsame Forschungsprojekte Auffangpositionen in Phasen politischer Unruhen Interkulturelle Dialogforen Eine Rolle für EU-Partnerschaftshochschulen Herausgegeben von Dieter Weiss und Steffen Wippel Freie Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients 80



DISKUSSIONSPAPIERE Dieter Weiss Zur Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern Stützung innovativer Eliten, Nachkontakte Gemeinsame Forschungsprojekte Auffangpositionen in Phasen politischer Unruhen Interkulturelle Dialogforen Eine Rolle für EU-Partnerschaftshochschulen 80



Inhalt

Zielgruppe: Innovative Funktionseliten in Entwicklungsländern
Technologie ist keine "Ware"
F&E-Kapazitäten
Nachkontakte
Auffangpositionen in Phasen politischer Turbulenzen
Ermutigung von Kreativität
Menschenrechte und politische Partizipation
Elemente einer konzeptionellen Umorientierung
EU-Partnerschaftshochschulen

10. Interkulturelle Dialog-Foren

Auch unter der neuen Regierung kämpft die Entwicklungszusammenarbeit weiterhin um Anerkennung in der Öffentlichkeit. Ihr begrenzter innenpolitischer Stellenwert schlägt sich in den Haushaltsansätzen nieder. Wie würden wir heute eine Entwicklungspolitik konzipieren, wenn wir sie noch nicht hätten? Mit ihren in viereinhalb Jahrzehnten entwickelten Konzeptionen, ihren gewachsenen institutionellen Strukturen, ihren etablierten Verfahrensroutinen, mit dem z.T. ausgeprägten Selbstverständnis starker Durchführungs-Organisationen und nicht zuletzt mit deren natürlichen Selbsterhaltungsinteressen?

1. Zielgruppe: Innovative Funktionseliten in Entwicklungsländern

Der Wissenschaftliche Beirat beim BMZ empfahl schon Anfang der 90er Jahre: Die Effizienz der deutschen Entwicklungspolitik läßt sich verbessern, wenn man knapper werdende Mittel stärker auf strategische Steuerungsaktivitäten konzentriert, bildlich gesprochen auf die Relais und nicht auf die trägen Schwungmassen. Wir sollten entschlossener auf die Zielgruppe der Funktionseliten in unseren Partnerländern zugehen und versuchen, bewußter auf deren Entscheidungskapazitäten und Umsetzungsmotivationen einzuwirken.¹

Entwicklung erwächst aus der Aktivierung ihrer Innovationsfähigkeit, bedeutet Ermutigung und Stützung kreativer Konzepte, die aus dem Innern der Gesellschaften kommen müssen. Die traditionellen Produktionsfaktoren Kapital und gering qualifizierte Arbeit nehmen in ihrer Bedeutung ab. Entscheidender Entwicklungsfaktor ist kreative Intelligenz, die ihren Niederschlag in Innovationen im weitesten Sinne finden sollte.

2. Technologie ist keine "Ware"

Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß Technologie keine – etwa über Petrodollars – einfach käufliche, aber auch keine über Entwicklungshilfe schenkbare "Ware" ist. Vielmehr setzt sie aktive Mitarbeit der Partnerländer am internationalen wissenschaftlichen Prozeß voraus. Sie fordert Verständnis für grundlegende Konzepte, die den Technologien zugrunde liegen, und sie braucht leistungsfähige institutionelle

¹ Wissenschaftlicher Beirat beim BMZ, Zur Notwendigkeit einer Verstärkung der Wissenschaftlichen Kooperationspolitik mit Entwicklungsländern, in: BMZ-aktuell, Bonn, Februar 1990, S. 1f.

Strukturen im F&E-Bereich, um Technologien aufnehmen, anpassen und weiterentwickeln zu können.

Zudem befinden wir uns in einem qualitativen Sprung. "Eisen plus Mechanik" wird zunehmend durch "Information" ersetzt. Das Ausgreifen in neue geistige Räume geht vielerorts Hand in Hand mit der Rückbesinnung auf die eigenen kulturellen Quellen. Deutlichster Ausdruck sind die neuen religiösen Bewegungen, vielfach genährt aus dem bedrängenden Gefühl, daß die eigene Identität durch eine westlich dominierte Globalisierung bedroht sei. Der dramatische technische Wandel bedarf der sozialen und kulturellen Integration im Sinne einer auch geistigen "Ownership".

3. F&E-Kapazitäten

Damit drängt sich ein größerer Stellenwert unserer technisch-wissenschaftlichen Kooperation auf. Es geht vor allem um den Aufbau leistungsfähiger Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den Partnerländern,² und um die Stützung der großen Zahl von hochqualifizierten Fachkräften, die wir im Laufe von Jahrzehnten in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR aus- und fortgebildet haben.³

Um so bedauerlicher ist die Vernachlässigung der Nachkontakte. Die überwiegende Zahl der Absolventen unserer Hochschulen finanziert ihren Aufenthalt selbst. Nur ein kleiner Teil erhält Stipendien der Politischen Stiftungen, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, diverser anderer Organisationen oder – auf wissenschaftlichem Spitzenniveau – der Alexander von Humboldt-Stiftung. Sie fallen deshalb auch nicht in die Gruppe der von diesen Organisationen regelmäßig Nachbetreuten.

In früheren Jahrzehnten hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Kooperationspolitik Herausragendes geleistet – man denke an den Aufbau des Indian Institute of Technology in Madras oder der Ingenieurfakultät in Daressalam. Der Stellenwert der wissenschaftlichen Kooperationspolitik ist seitdem gesunken. Neue Schwerpunktsetzungen wie Grundbedürfnisbefriedigung und Versuche einer direkten Armutsbekämpfung traten in den Vordergrund.

Der Vergleich der Schwellenländer Ostasiens einerseits und der Stagnationsländer insbesondere des Nahen Ostens und Subsahara-Afrikas andererseits zeigt, daß letztere es versäumt haben, in qualitativ hochwertige Bildungs- und Wissenschaftssysteme zu investieren. Leistungsfähige Forschungs- und Entwicklungskapazitäten wurden auch dort nicht aufgebaut, wo - wie in den OPEC-Ländern – in der Vergangenheit finanzielle Mittel verfügbar gewesen wären. Kreative Köpfe wanderten ab, weil sie in ihren Heimatländern keine angemessenen Arbeitsbedingungen erhielten. Mit Abdus

² Vgl. für Schwellenländer: Klaus Eßer, Partnerschaft mit Schwellenländern. Aufgaben der Entwicklungspolitik. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, Berichte und Gutachten 11/1999

³ Vgl. Positionspapier zur Auswärtigen Kulturpolitik vorgelegt vom Vorsitz der Kommission für Europäische und Internationale Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz, Bonn Juni 2000, S. 4.

Salam, Nobelpreisträger für Physik von 1979: "I had a stark choice – to stay in physics or in Pakistan"⁴.

4. Nachkontakte

Dazu kommt, daß in vielen Kulturen Innovationen negativ bewertet werden, weil sie etablierte Machtpositionen herausfordern. Auf Vortragsreisen in Universitäten des Nahen und Fernen Ostens trifft man immer wieder in Deutschland promovierte Nachwuchswissenschaftler, die den Kontakt zu ihrem ehemaligen Gastland verloren haben. Sofern es sich nicht um ehemalige Stipendiaten deutscher Förderorganisationen handelte, fand eine Unterstützung durch unsere wissenschafts- und kulturpolitischen Institutionen nicht statt.

Ganz anders die systematische Pflege konkurrierender "Seilschaften" ehemaliger Absolventen französischer, britischer und amerikanischer Universitäten durch ihre früheren Studienländer. Der Vorsitzende des Kairoer Clubs von Ägyptern deutscher Bildung, Professor Amer, in den zwanziger Jahren an der Technischen Universität Berlin --Charlottenburg zum Dr.-Ing. promoviert, klagte dem Verfasser: "Und wenn es eine Postkarte zu Weihnachten wäre, die zeigen würde, daß wir von Deutschland nicht vergessen worden sind."

Umso begrüßenswerter ist das 1999 vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) ins Leben gerufene Programm zur Nachbetreuung von ehemaligen Studierenden aus den Entwicklungsländern. Der DAAD geht zu recht davon aus, daß Entwicklungszusammenarbeit Schlüsselpersonen an sich binden sollte, wie sie Absolventen deutscher Universitäten darstellen, und zwar unabhängig davon, ob sie von deutschen Organisationen unterstützt wurden (Stipendiaten). Es sollen endlich "vor allem diejenigen Absolventen aktiviert werden, die bisher nicht von deutschen Förder- und Mittlerorganisationen unterstützt bzw. nicht von deren bestehenden Nachkontaktnetzen erfaßt worden sind, d.h., die auf eigene Initiative und aus eigenen Mitteln bzw. Mitteln der eigenen Regierung ihre Ausbildung in Deutschland absolviert haben"5. So heißt es auch in einem "Positionspapier zur auswärtigen Kulturpolitik" der deutschen Kultusministerkonferenz: "Die Stärkung der Nachkontaktarbeit wird ausdrücklich begrüßt. Allerdings sollte sie sich nicht nur auf die Mittlerorganisationen beschränken, sondern über die Stipendiaten und deren Auslandsvertretungen möglichst viele Personen einbeziehen, die ihr Studium ganz oder teilweise in Deutschland absolviert haben." So heißt es auch in einem "Positionspapier zur Auswärtigen Kulturpolitik" der Kultusminsterkonferenz: "Die Stärkung der Nachkontaktarbeit wird ausdrücklich begrüßt. Neuerdings sollte sie sich nicht nur auf die Mutterorganisationen und deren Stipendiaten beschränken, sondern über die deutschen Auslandsvertretungen möglichst viele Personen einbeziehen, die ihr Studium ganz oder teilweise in Deutschland absolviert haben⁶

⁴ A. Salam, B.M. Uggaonkar, Science and Technology, in: IFDA Dossier 29, 1982, S. 4.

⁵ DAAD, Programm zur Nachbetreuung von ehemaligen Studierenden aus den Entwicklungsländern, Bonn 1999,S.2.

⁶ Positionspapier zur Auswärtigen Kulturpolitik, a.a.O., S. 4.

Die nach Jakarta heimgekehrte junge Ärztin hat sich ein Jahr lang in der Praxis eines etablierten Kollegen schweigend und widerspruchslos seine teilweise fragwürdigen Diagnosen anzuhören, bevor sie selbst eine ärztliche Zulassung erhält: der behördlich verordnete Rückanpassungsprozeß. Dem gleichen Muster folgend sollte der in Deutschland frisch promovierte Dozent der Wirtschaftswissenschaften nach Rückkehr nach Amman nicht riskieren, ein wissenschaftliches Argument vorzutragen ohne umsichtige Beachtung von Rang, Alter, Clanzugehörigkeit der mitdiskutierenden Kollegen und ihrer Position innerhalb der Fakultät.

Oft waren diese Ehemaligen ein halbes bis dreiviertel Jahrzehnt dem deutschen höheren Bildungssystemen ausgesetzt und haben internalisiert, daß die kritische Auseinandersetzung mit dem Bestehenden Voraussetzung für den Durchbruch zum Neuen ist. Dies beinhaltet indessen die Herausforderung des Althergebrachten und somit ein Rütteln an hierarchisch verfestigten Strukturen im Heimatland.

Im Kern bedeutet die Ausbildung in Deutschland Einübung der Leitidee der europäischen Aufklärung, nämlich der Freiheit des Denkens und der Person. Doch die zurückgekehrte Ärztin hat zu lernen, sich wieder zu fügen in die altjavanische Vorstellung, daß der Einzelne zurückzustehen habe hinter der Harmonie des Ganzen. Entsprechendes widerfahrt unserem jungen wirtschaftswissenschaftlichen Dozenten in Jordanien. Denn Ein- und Unterordnung waren seit Jahrtausenden bewährte Formen des Überlebens in ariden Klimazonen. Unsere Ausbildung hatte somit prägende Einwirkungen auf die Weltwahrnehmung junger Menschen in einer entscheidenden Lebensphase. Potenziell sind sie change agents. Doch werden sie von den Heimatkulturen zur Rückanpassung gezwungen. Hochqualifizierte Ehemalige, die bei uns teilweise zeitweilig an der F&E-Front mitgearbeitet haben, versinken nach hierarchisch Rückkehr die Heimatländer vielfach in die erstarrten Entsendestrukturen. Ihr Innovationspotential geht verloren.

5. Auffangpositionen in Phasen politischer Turbulenzen

Ein besonderes Problem stellt die Abstützung und Hilfestellung für Wissenschaftler aus Entwicklungsländern dar, die an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden, damit in einem besonderen Loyalitätsverhältnis zur Bundesrepublik stehen und vielerorts Opfer zeitweiliger innenpolitischer Turbulenzen in ihren Heimatländern werden. Das Problem wurde auf breiter Front erstmalig anläßlich des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan deutlich, wo der überwiegende Teil der intellektuellen Elite des Landes seit Ende der zwanziger Jahre die von der Reichsregierung etablierte deutsche Nejat-Oberschule in Kabul absolviert und anschließend vielfach in Deutschland studiert hatte. Damals gelang es kaum, die wissenschafts- und kulturpolitischen Entscheidungsträger in der Bundesrepublik Deutschland auf die Problematik aufmerksam zu machen. Nur in ganz wenigen Fällen wurden geflüchtete afghanische Wissenschaftler in der deutschen Wissenslandschaft zeitweilig aufgefangen.

Wenige Millionen DM hätten ausgereicht, um einen erheblichen Teil dieser afghanischen Wissenschaftler mit ihrer langen kulturellen Bindung an Deutschland zeitweilig wirtschaftlich zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, etwa in Form von Werkverträgen oder Forschungsstipendien an deutschen wissenschaftlichen

Einrichtungen zu arbeiten. Tatsächlich gelang es nur in ganz wenigen Fällen, die afghanischen Kollegen an wissenschaftlichen Institituten unterzubringen oder ihnen Arbeitsmöglichkeiten an unseren Hochschulen zu bieten.

Eine ähnliche Situation ergab sich anläßlich der islamistischen Terroraktionen in Algerien. Der Verfasser erinnert sich an einen Abend an der Freien Universität Berlin, als ein algerischer Kollege zu einem Gastvortrag eingeladen war und die Besucher mit der Nachricht konfrontiert wurden, daß der eingeladene Redner am Vorabend in Algier von Terroristen erschossen worden war. Dank einer weitsichtigen französischen Kulturpolitik fand eine größere Zahl algerischer Wissenschaftler in Frankreich Unterstützung⁷. In der Bundesrepublik scheitert eine langfristiger angelegte wissenschaftliche Kooperationspolitik vielfach schon an den bestehenden ausländerpolizeilichen Regelungen.

Eine existenzbedrohende Situation stellt sich vielfach in Ländern Subsahara-Afrikas. Absolventen deutscher Studiengänge sind dort in führende wissenschaftliche Positionen gelangt, werden aber immer wieder Opfer zeitweiliger politischer Wirren. Mit vergleichsweise überschaubaren finanziellen Mitteln könnte man deutsche wissenschaftliche Einrichtungen in die Lage versetzen, dieses über Jahrzehnte aufgebaute afrikanische Humankapital zeitweilig aufzufangen. Dazu bedarf es keiner umfangreichen instititutionellen Vorkehrungen, sondern primär einer mittelfristig angelegten und bewußten wissenschafts- und kulturpolitischen Kooperationsstrategie, des artikulierten politischen Willens der zuständigen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen und einer unbürokratischen Form von Beschäftigungsangeboten, etwa über entsprechend gestaltete Werkverträge.

So beschreibt die algerische Historikerin, Romanautorin und Filmemacherin Assia Djebar, erste algerische Absolventin der Ecole Normale Supérieure, die generelle Situation kreativer Köpfe wie folgt: "Die drei Jahre nach der Unabhängigkeit, 1962-65, waren glückliche Jahre für mich. Die Universität war weltoffen, wir konnten uns nachts ungehindert in der Stadt bewegen, wir haben das Leben genossen. Aber schon 1963 wurde der erste Riegel vorgeschoben. Ich erinnere mich an die Sitzung einer Kommission unter dem Vorsitz des Erziehungsministers, in der es um die Geschichtsbücher ging. Man beschloß, künftig zwei Versionen herzustellen, eine französische und eine arabische, die sich nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich unterscheiden sollten. Ich habe mich gemeldet und habe gegen die Verbreitung von zwei verschiedenen Wahrheiten protestiert. Da die Herren keine Gegenargumente hatten, wurde mein Einwand mit Schweigen übergangen. Daraufhin habe ich gesagt: "Herr Minister, wenn meine Meinung so wenig zählt, habe ich hier nichts mehr verloren". Und bin gegangen. Ich habe dann noch zwei Jahre weiter unterrichtet, bin aber 1965 nach Frankreich zurückgekehrt. Ich hatte gut begriffen, daß sich hinter der Arabisation andere Absichten versteckten...

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: In den arabischen Geschichtsbüchern wurde die vorislamische Periode – die Numidier, die Römer, die Christen, zu denen Augustinus gehörte – als "Epoche der Unwissenheit" vorgestellt. Wie soll man mit Abiturienten, die mit einem so primitiven Geschichtsbild an die Universität kommen, historische Kritik betreiben? Ein solches Geschichtsbild ist schwer zu korrigieren. Die Studenten sagen sich: "Das ist eine frankophone Araberin, was weiß die schon?" Man hat die Geschichte vernebelt, die Geister vernebelt, und am Ende hat man Intoleranz und Dogmatismus" (Der Tagesspiegel v. 21.10.2000).

6. Ermutigung von Kreativität

Das Gegenteil wäre erforderlich: eine gezielte Stützung dieser Humanressourcen durch unsere Kooperationspolitiken. Denn offenbar steigen die Anforderungen, dem weltweiten Innovationswettbewerb gerecht zu werden.

Die Konzentration auf eine solide Facharbeiterausbildung – das Gütezeichen deutscher TZ seit den 50er Jahren und symbolisiert durch die deutsche Gewerbeschule – greift heute zu kurz. Entwicklung funktioniert nicht ohne leistungsorientierte Eliten. Dabei geht es, wie Everett Hagen schon Anfang der sechziger Jahre betont hat⁸, um Offenheit für neue Erfahrungen, um eine Weltsicht, die die wirkenden Kräfte als erklärbar versteht, um konstruktive Phantasie, um Vertrauen in die eigene Urteilskraft, das bewußte Angehen von Problemen, Verantwortungsgefühl und Erfolgsmotivation, Intelligenz und Energie. Es geht um einen offenen und neugierigen Geist, der die Welt als einen Ort lösbarer Herausforderungen wahrnimmt.

Anders der unkreative Persönlichkeitstypus, der die Welt als willkürlich und rational nicht erklärbar wahrnimmt, der sich Mächten ausgeliefert fühlt, die verlangen, daß er sich ihnen unterwirft. Er verzichtet auf die eigene Urteilskraft, um Frustration und Angst zu vermeiden, und sucht Sicherheit in tradierten Regelungen und dem Urteil älterer und höhergestellter Personen. Es scheint, als hätte Everett Hagen den heutigen Typus des islamischen Fundamentalisten beschreiben wollen.

Die autoritären Strukturen sind entwicklungsfeindlich. Je weiter sich ökonomische Prozesse ausdifferenzieren, desto drängender wird Freiheit des Denkens zur entscheidenden Rahmenbedingung, zur elementaren Voraussetzung für die Freisetzung von Innovationsfähigkeit und Kreativität.

7. Menschenrechte und politische Partizipation

Unter dem Druck dieser Erfahrung haben eine Reihe autoritärer Regime in ost- und südostasiatischen Schwellenländern Zugeständnisse in bezug auf Menschenrechte, Zivilgesellschaft und politische Partizipation gemacht. Andere betonen weiterhin den Vorrang wirtschaftlichen Wachstums vor westlich-individualistischen Menschenrechten, und beharren auf der Tradition strikter Ein- und Unterordnung des Einzelnen unter die Gemeinschaft.

Auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft wird die Öffnung der Kulturen für die Herausforderungen globalen Wandels zur zentralen Erfolgskomponente. Kreative Intelligenz wird zur entscheidenden Ressource. Schlecht ausgebildete Arbeitskräfte bieten keine komparativen Vorteile mehr.

-

⁸ Everett E. Hagen, On the Theory of Social Change, Homewood / Ill. 1962, S. 88f.

8. Elemente einer konzeptionellen Umorientierung

Dies gilt um so mehr, als Konzepte einer nachholenden Industrialisierung für inzwischen 6 Mrd. Menschen ökologisch nicht durchhaltbar sind. Neue Lösungen und Lebensformen werden weltweit entwickelt werden müssen, und zwar primär innerhalb der jeweiligen Länder selbst und nicht nur in den Denkfabriken des Nordens für den Süden.

Entgegen gängigen Auffassungen signalisiert dies einen hohen Stellenwert auch der Grundlagenforschung gerade auch in Bereichen, in denen es um angepaßte Technologien geht. Die scheinbar plausible, vielfach als prioritär erachtete schnelle Anwendungsorientierung von F&E-Bemühungen könnte rasch in Sackgassen führen, die längerfristig nicht zukunftsfähig sind, man denke an die Massenmotorisierung. Kreative Intelligenz wird gefragt sein, also die Fähigkeit, sich an das Neue heranzutasten, Unbestimmtheit auszuhalten, Fluktuationen und Selbstorganisation zuzulassen.

Entwicklung wird immer weniger inhaltlich bestimmbar und immer mehr davon abhängig, inwieweit es gelingt, die Fähigkeit zu entwickeln, auf unvorhersehbare Herausforderungen aus einer Position relativer Stärke heraus zu reagieren. Entwicklung ist das, was geschieht, wenn Kreativität sich entfalten kann.⁹

Es geht also um weitsichtige, längerfristig angelegte Förderungsmaßnahmen im Wissenschafts- und Technologiebereich. Eine ganze Reihe von Grundbausteinen existieren. Doch bedürfen sie der Erweiterung. Ein unmittelbarer Ansatz könnte darin bestehen, F&E-Aktivitäten in Entwicklungsländern in konkretem Bezug zu ihren jeweils drängenden Problemen zu fördern. Man denke an die zunehmende Wasserknappheit, an Umweltschäden in der Landwirtschaft als Folge eines exzessiven Einsatzes von Düngemitteln und Pestiziden, an den ökologischen Sanierungsbedarf veralteter Industrieanlagen, an umweltfreundlichere Verkehrssysteme, an Solarenergie, und in vielen Teilen der Welt an Schutz vor der um sich greifenden Desertifikation.

9. EU-Partnerschaftshochschulen

Eine kooperationspolitische Initiative mit besonderer Ausstrahlung bestünde in der Schaffung von partnerschaftlich angelegten Hochschulen, durchaus in Anknüpfung an die erwähnten früheren deutschen Ansätze wie in Indien und Tansania. Ausgehend vom Image deutscher technologischer Kompetenz wäre es überzeugend, vor allem technische Studiengänge anzubieten, ergänzt um betriebs- und volkswirtschaftliche Managementtechniken. Solche Angebote sollten wir verknüpfen mit interkulturellen Dialogforen, die es ermöglichen, unterschiedlichen Wissens- und Wissenschaftstraditionen zu diskutieren.

Man stelle sich eine solche Initiative unter dem Schirm der Europäischen Union vor, mit je einer EU-Kooperationshochschule in der Gruppe der ASEAN-Länder, auf dem

⁹ Dieter Weiss, Entwicklungspolitik als Wissenschafts- und Kulturpolitik, in: Universitas, 53. Jg. Nr. 626, 1998, S.766.

Indischen Subkontinent, in der Gruppe der zentralasiatischen Republiken, im arabischen Raum und in Subsahara-Afrika. Federführend für eine jede Hochschule könnte jeweils ein EU-Mitgliedsland sein.

Das jährlich erforderliche Finanzvolumen wäre durchaus übersehbar. Es entspräche etwa den Kosten der Rehabilitation von drei größeren Düngemittelfabriken, wie wir sie routinemäßig in der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern abwickeln. Die entwicklungspolitischen Impulse im Sinne der Beeinflussung der Führungseliten wären indessen unvergleichlich tiefgreifender und nachhaltiger.

10. Interkulturelle Dialog-Foren

In diesem Rahmen könnten auch relativ unverfängliche Gesprächsforen geschaffen werden, in denen sich ein vertrauensvoller Dialog über drängende planetare Herausforderungen entfalten könnte. Ein Dialog also, der auch neue religiöse Bewegungen einbeziehen könnte, die mancherorts unsere bisherigen Kooperationsformen in Frage stellen.

werfen Fragen nach Sinn und Richtung künftiger Strukturumbrüche Entwicklungslinien auf. Je beunruhigender der Wandel erfahren wird, desto drängender wird der Bedarf nach verläßlich erscheinender Orientierung. Ohne die Herausbildung eines elementaren weltweiten Basiskonsensus wird eine zunehmend interdependente Weltgesellschaft schwerlich funktionsfähig sein. Dies erfordert auch eine Integration der grundlegenden Konzepte der ursprünglich westlichen, inzwischen internationalisierten Wissenschaft in die Kulturen der Entwicklungsländer. Die künftige Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft wird in entscheidendem Maße davon abhängen, inwieweit es gelingt, ein global akzeptiertes Wertesystem unter Wahrung des Reichtums kultureller Vielfalt evolvieren zu lassen.

Der zentrale Beitrag des Westens zu einem solchen Wertekanon ist das Konzept der Freiheit des Denkens und der Person. Es müßte uns darum gehen, kreative innovationsorientierte Gruppen in den Partnerländern zu ermutigen, zu fördern und von Fall zu Fall auch gegen internen Anpassungsdruck abzuschirmen. Damit halten wir sie interkulturell dialogfähig.

Sie brauchen diese unsere Bestätigung, daß sie Teil einer internationalen Community und insofern Teil einer internationalen Mehrheit sind, auch wenn sie innerhalb ihrer eigenen Länder in die Defensive gedrängt werden.

Auch im Westen wird weitgehend unwidersprochen eine Wiedereinbindung wissenschaftlicher Entwicklung in übergeordnete Wertefelder gefordert. Ethikdebatten thematisieren die Richtung künftiger innovatorischer Leistungen.

Es geht nicht mehr nur um den Transfer von Know-how, sondern um Fragen nach dem Know-why und dem Know-where-to, einschließlich der Möglichkeiten und Gefährdungen, die vom zukünftig technisch-wissenschaftlich Machbaren ausgehen. Es geht also um Klärung von Grundwerten der jeweiligen kulturell-religiösen

Traditionen, die sich ihrerseits weltweit in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß befinden.

Die Ebene der Werte wird damit zur zentralen Steuerungskategorie künftigen individuellen und gesellschaftlichen Handelns. Der zentrale Beitrag des Westens zu einem solchen Wertekanon ist das Konzept der Freiheit des Denkens und der Person, welches bekanntlich in den meisten nicht westlichen Kulturen bis heute nicht existiert.

Und wenn angesichts der internationalen Bevölkerungsdynamik das relative demographische und vielleicht auch ökonomische und politische Gewicht Europas zukünftig abnehmen könnte, ginge es um so drängender wesentlich darum, diese zentrale europäische Erfindung der individuellen Freiheit in einen künftigen multikulturellen Wertekanon einzubringen.